

gliedrige Kommission fest, die wie folgt arbeitete: Sie setzte sich in das Parteibüro und ließ eine Anzahl von parteilosen Werktätigen zu sich kommen, um sie zu werben.

Es gibt aber auch Beispiele, wo Parteiorganisationen dazu übergehen, Wettbewerbe zur Aufnahme von Kandidaten zu organisieren. So wurde in der Leitungssitzung der Parteiorganisation Nileswerke, Berlin-Weißensee, am

9. August 1952 beschlossen: „Wir haben einen Kandidatenwerbeplan aufgestellt und werden jetzt daran gehen, einen Wettbewerb zwischen den einzelnen Parteieinheiten zu organisieren.“

In einer Aussprache mit dem Parteisekretär erklärte dieser, daß der anwesende Vertreter der Bezirksleitung diese Maßnahme der Parteileitung begrüßt hätte, und die Genossen waren deshalb der Meinung, daß ihr Wettbewerb in Ordnung gehe.

Diese Art der Werbung ist nicht zulässig, denn mit solchen Maßnahmen gibt es keine Konzentration auf die wirklich Besten und es verstärkt die Möglichkeit, daß parteifeindliche Elemente aufgenommen werden. Die Beschlüsse sagen klar und eindeutig, daß sich unsere Parteileitungen nur auf die Besten aus den Reihen der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz konzentrieren sollen und daß die Werbung individuell und persönlich durchgeführt werden muß.

Der Schwerpunkt liegt auf der Werbung von Kandidaten aus der Arbeiterklasse!

Die soziale Zusammensetzung der neu aufgenommenen Kandidaten weist ernste Mängel auf, die zeigen, daß nicht überall entsprechend den Beschlüssen der Partei die Werbung durchgeführt wird. Trotz des ständigen Anwachsens der Neuaufnahmen ist festzustellen, daß die Werbung von Arbeitern ungenügend ist. Im Durchschnitt sind von je 100 Neuaufnahmen 60 Arbeiter. Es gibt eine Reihe von Industriekreisen, wie Chemnitz, Rostock, Hoyerswerda, wo der Arbeiteranteil noch niedriger liegt. Sie sind ein Ausdruck dafür, daß sich die Kreisleitungen zu wenig mit diesen Fragen beschäftigen und den Grundorganisationen des Kreisgebietes nur eine mangelhafte Anleitung zur Durchführung einer Werbung, die sich auf die Arbeiter konzentriert, geben. Die Folge einer solchen Arbeit ist, daß der Arbeiteranteil fällt und der Angestelltenanteil steigt. Letzterer ist von 12,3 Prozent im ersten Quartal auf 29,4 Prozent im dritten Quartal gestiegen und beträgt im Durchschnitt 23 Prozent. Dabei liegen die Kreise Buna, Rostock, Hoyerswerda, Berlin-Weißensee u. a. weit über dem Durchschnitt und es ist anzunehmen, daß sich die Angestellten nicht nur aus hervorragend entwickelten, ehemaligen Arbeitern zusammensetzen. Diese Ergebnisse beweisen, daß in einer Anzahl von Kreisen das Schwergewicht auf die Aufnahme von Angestellten verlegt wurde. Dabei ist jedoch festzustellen, daß es Kreise, wie z. B. Berlin-Treptow, gibt, wo die Aufnahme von Angestellten grundsätzlich abgelehnt wurde. Es wurde nicht berücksichtigt, daß ein Teil dieser Menschen auf Grund ihrer guten Arbeitsleistungen in der Produktion in verantwortliche Stellen berufen wurden. Diese ungenügende individuelle Behandlung der einzelnen Aufnahmeanträge zeigt eine schematische Auslegung der Beschlüsse.

Ein ernster Ausdruck der ungenügenden Durchführung der Beschlüsse der Partei ist das Ergebnis der Aufnahmen auf dem Lande, denn nur 5,7 Prozent der Gesamtaufnahmen wurden von den Grundorganisationen des Dorfes getätigt. Es wurden nur 1,2 Prozent werktätige Bauern im Verlaufe

der Monate Januar bis September als Kandidaten aufgenommen. In 42 wichtigen landwirtschaftlichen Kreisen, wie Hagenow, Neustrelitz, Ückermünde, Belzig, Fürstenwalde, Stendal, Querfurt, Torgau u. a. wurde während dieser Zeit nicht ein einziger und in elf weiteren landwirtschaftlichen Kreisen, wie Grimmen, Ludwigslust, Dippoldiswalde, Burg, Rochlitz u. a., nur je ein werktätiger Bauer als Kandidat aufgenommen. Diese Ergebnisse beweisen, daß sich ein Teil unserer Kreisleitungen nur in ungenügendem Maße mit der Hilfe und Unterstützung der werktätigen Bauern beschäftigt und keinen täglichen beharrlichen Kampf um ihre Gewinnung führt. In vielen Fällen erkennen sie nicht, daß eine solche Politik dazu führen kann, daß diese fortschrittlichen werktätigen Bauern aus Unkenntnis den Einflüssen feindlicher Elemente unterliegen und daß die Gefahr besteht, daß sie das Vertrauen zu unserer Partei und zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verlieren. Diese Kreisleitungen vernachlässigen die Durchführung der Beschlüsse der Partei auf dem Dorfe und verzichten sträflich auf die führende Rolle der Partei. Dies ist aber letzten Endes Sozialdemokratismus.

Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe aller Kreisleitungen, mit einer solchen Einstellung Schluß zu machen. Sie müssen dafür sorgen, daß in allen Parteiorganisationen Klarheit über die Bedeutung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft herrscht und die notwendigen Maßnahmen zur Festigung und Vertiefung des Bündnisses festgelegt werden. In täglicher geduldiger Aufklärungsarbeit sind den werktätigen Bauern die Beschlüsse der Partei und die Gesetze der Regierung zu erläutern. Bei der Verwirklichung der Aufgaben muß ihnen von seiten der Parteiorganisationen die größtmögliche Hilfe und Unterstützung gewährt werden. Nur die enge und lebendige Verbindung zu den werktätigen Bauern zerschlägt die Einflüsse feindlicher Elemente. Eine solche Politik bedeutet gleichzeitig das Vertrauen der werktätigen Bauernschaft zu gewinnen und die besten aus ihren Reihen für die Partei zu werben.

Die altersmäßige Zusammensetzung verbessert sich

Im Gegensatz zur sozialen Zusammensetzung der neu aufgenommenen Kandidaten ist die altersmäßige Zusammensetzung besser geworden. Im Verhältnis zu den Gesamtaufnahmen ergibt sich, daß von je 100 Aufnahmen 47 im Alter von 16—25 Jahren und 17 im Alter von 25—30 Jahren sind. Diese Ergebnisse zeigen, daß unsere Parteileitungen sich immer mehr mit der Jugend beschäftigen, sich um sie kümmern und daß das Vertrauen der Jugend zur Partei der Arbeiterklasse ständig wächst.

Wie müssen wir mit den Kandidaten arbeiten?

Mit der Gewinnung neuer Kandidaten für die Partei kann und darf die Arbeit noch nicht beendet sein, sondern es kommt jetzt für alle Parteileitungen darauf an, sich intensiv mit diesen jungen Genossen zu beschäftigen, damit sie nach Ablauf der Kandidatenzeit als Mitglieder in die Partei aufgenommen werden können. Obwohl es auch in dieser Frage Beschlüsse der Partei gibt, in denen festgelegt ist, daß die Parteileitungen verpflichtet sind, sich in Beratungen, Seminaren und Einzelaussprachen um die Entwicklung der Kandidaten zu kümmern und ihnen zu helfen, sich auf den Eintritt in die Partei vorzubereiten, geschieht das nur mangelhaft. Es gibt zwar in der letzten Zeit eine Reihe von Beispielen, wo Parteileitungen beginnen, systematische Schulungen für die Kandidaten durchzuführen. So organi-